

***Weniger rot-grüne Misstrauenskultur.  
Mehr Sicherheit für Niedersachsen.***

Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und für das Vertrauen in unseren Staat. Zurecht erwarten die Bürger, dass der Staat sie schützt. An unsere Gesetze müssen sich alle halten, sowohl die deutschen Staatsbürger, als auch die Menschen, die – gleich aus welchen Gründen – zu uns nach Deutschland kommen. Rechtsfreie Räume darf es bei uns nicht geben.

Nach den widerwärtigen Vorfällen, sexuellen Übergriffen und anderen Straftaten der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten hat sich ein Problem offenbart, das Staat und Gesellschaft nicht hinnehmen können. Dabei darf es bei der Strafverfolgung und Verurteilung keine Rolle spielen, welcher Herkunft die Straftäter sind. Und es darf nicht verschwiegen werden, aus welchem Kulturkreis die Täter kommen. Möglichen Fehlentwicklungen bei der Integration muss unsere Gesellschaft frühzeitig begegnen.

Zugleich stellen wir uns denjenigen entgegen, die Migranten pauschal vorverurteilen. Gewalt und Rassismus müssen mit aller Härte des Rechtsstaates geahndet werden. Wir werden in unserer Gesellschaft keine Ausländerfeindlichkeit akzeptieren.

Das Ziel der Sicherheitspolitik in Niedersachsen muss es sein, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren und kriminellen Handlungen vorzubeugen.

### Schnelle Aufklärung und harte Strafverfolgung

Die CDU in Niedersachsen fordert eine schnellstmögliche Aufklärung der sexuellen Übergriffe und Attacken, die auch in Niedersachsen stattgefunden haben. Sind sie einmal geschehen, müssen sie mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates aufgeklärt und die Täter zügig bestraft werden. Die Verfahren sind unverzüglich durchzuführen, sodass die Bestrafung auf dem Fuße folgt. Täter müssen ohne Ansehen ihrer Herkunft und ihres Hintergrundes schnell ausfindig gemacht und zur Verantwortung gezogen werden.

Grundsätzlich gilt: Asylberechtigte und Flüchtlinge ebenso wie Personen, die sich im Asylverfahren befinden, sollen künftig bereits dann von der Asylberechtigung bzw. der Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen sein, wenn sie rechtskräftig wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe auch unter Bewährung verurteilt wurden, um so insbesondere auch Serienstraftäter erfassen zu können. Insgesamt wollen wir die Hürden für die Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer absenken.

Die CDU in Niedersachsen verurteilt die auch in Niedersachsen zunehmende Zahl an Anschlägen auf Asylheime und Angriffe auf Flüchtlinge. Diese menschenverachtenden kriminellen Taten sind juristisch schnell und konsequent zu ahnden.

### Eine starke Polizei für unser Niedersachsen

Unsere Polizei muss an Brennpunkten präsenter sein und im Ernstfall sofort eingreifen können. Deshalb benötigen wir zur Verbesserung der Sicherheit in Niedersachsen und aus Fürsorge gegenüber den Polizistinnen und Polizisten dringend mehr Personal. Die Polizei muss professionell arbeiten können und hochspezialisiert sein. Dafür benötigt sie vor allem engagierten Nachwuchs, qualifiziertes Personal und eine erstklassige technische Ausrüstung.

### 13 Punkte zur Stärkung der Sicherheit und Ordnung in Niedersachsen

Die CDU in Niedersachsen fordert:

1. dass bei erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Polizei in der Lage sein muss, zum Zwecke der Gefahrenprävention verdachtsunabhängige Personenkontrollen („Schleierfahndung“) durchzuführen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass im Polizeigesetz des Landes Niedersachsen die hierfür notwendige Rechtsgrundlage geschaffen wird.
2. den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa im Umfeld von Bahnhöfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, zu verstärken,

um Gewalt und Diebstähle zu verhindern sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären. Videokameras können die Polizisten vor Ort jedoch nicht ersetzen.

3. 1000 zusätzliche Dienstposten für die niedersächsische Polizei. Mit 250 zusätzlichen Polizeianwärtern pro Jahr und deren späterer Übernahme kann die Sicherheit der Niedersachsen deutlich verbessert werden.
4. 200 zusätzliche Vollzeiteinheiten für die Polizeiverwaltung, sowie die Entlastung der Polizei von hoheitlichen Aufgaben, die nicht zwingend durch Polizeibeamte durchgeführt werden müssen (z.B. Begleitung von Schwertransporten) Damit wird eine schnelle Entlastung des Polizeivollzugsdienstes erreicht.
5. die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten zu erhöhen.
6. die Beschwerdestelle gegen die Polizei beim Staatssekretär des Innenministeriums aufzulösen. Diese ist Ausdruck des Misstrauens der Landesregierung gegenüber der Polizei.
7. die rot-grünen Pläne zur individuellen Kennzeichnung der Polizeibeamten zu stoppen. Eine solche Kennzeichnungspflicht würde die Arbeit der Polizei belasten und die Sicherheit der Polizisten gefährden.
8. die Pläne zu stoppen, mit denen Rot-Grün die Befugnisse der Polizei zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschränken will. (z.B. die Streichung des Ordnungsbegriffes aus dem Nds. SOG, die Einschränkung der Videoüberwachung oder die Einschränkung der Gewahrsamsdauer)
9. den Schutz für Polizisten sowie Hilfeleistende von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten mit einem neuen Straftatbestand gegen körperliche Übergriffe und einer deutlich höheren Freiheitsstrafe bei solchen gewalttätigen Angriffen weiter zu stärken. Für unsere Sicherheit und Freiheit riskieren sie jeden Tag Leib und Leben. Gewalt gegen Einsatzkräfte richtet sich gegen unseren Rechtsstaat, gegen unsere Werte und gegen uns alle. Bei grob ungebührlichem und respektlosem Verhalten gegenüber Einsatzkräften soll eine Ausweitung des Ordnungswidrigkeitenrechts geprüft werden.
10. die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder voll umfänglich unter Strafe zu stellen. Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, soll die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden.
11. die zügige Einführung eines europäischen Ein- und Ausreiseregisters für die EU-Grenzen. Europol soll um ein europäisches Anti-Terror-Zentrum erweitert werden.
12. dass künftig die Daten aus der Vorratsdatenspeicherung auch von den Verfassungsschutzbehörden genutzt werden können. Wir setzen uns mit Nachdruck für die wirksame Überwachung auch verschlüsselter Kommunikation (sogenannte „Quellen-TKÜ) ein und wollen den Verfassungsschutzbehörden die Befugnis zur „Online-Durchsuchung“ zur Vorbeugung vor terroristischen Aktivitäten geben.
13. den Austausch über Fluggastdaten rasch umzusetzen, um Reisebewegungen von Terroristen und Gefährdern besser nachvollziehen zu können.
14. dass die radikalislamistische und salafistische Szene in Niedersachsen vom Verfassungsschutz gezielt und umfassend beobachtet wird. So sind wir besser gerüstet im Kampf gegen den Terrorismus.

Wir arbeiten für ein sicheres Niedersachsen – als Voraussetzung für die Freiheit der rechtstreuen Menschen in unserem Land!

Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen vom 15. Januar 2016